

## SVP verzichtet auf den Kampf gegen 150 Windräder

**Energie** Das Parlament beschloss diese Woche, den Bau von Turbinen im Schnellverfahren zu ermöglichen.

Schon bald dürften in der Schweiz rund 150 neue Windturbinen munter im Wind drehen. Zum Schrecken der Gegner der bis zu 210 Meter hohen Gebilde. Das Parlament hat am Freitag den sogenannten Windexpress definitiv abgesegnet.

Damit die Turbinen rasch gebaut werden können, sollen mit dem Gesetz die Einspracherechte der Standortgemeinden und der Anwohner – vorübergehend – stark eingeschränkt werden.

Deshalb haben sich die SVP und mehrere Verbände vehement gegen das Gesetz gewehrt. Nachdem das Parlament den Windexpress nun abgesegnet hat, könnten es die Gegner noch mit einem Referendum bekämpfen. Doch das ist der SVP zu viel: «Wir werden das Referendum nicht ergreifen», sagt Fraktionspräsident Thomas Aeschi. Die SVP habe nicht so viele Ressourcen, um gegen jedes schlechte, vom Mitte-links-Parlament beschlossene Gesetz 50'000 Unterschriften zu sammeln. Die Partei konzentrierte sich jetzt auf den «Kampf gegen das Asylchaos».

Zu den Gegnern des Gesetzes zählen auch die im Verband Birdlife vereinigten Vogelschützer. Geschäftsführer Raffael Ayé sagt: Der Windexpress sei keine gute Lösung, um schnelle Verfahren und Biodiversität zu vereinen. Das Referendum ergreifen mag allerdings auch Birdlife nicht. Die Stiftung für Landschaftsschutz will ebenfalls keine Volksabstimmung erzwingen.

### Letzte Hoffnung für Windrad-Gegner

Eine Hoffnung bleibt den Windkraft-Skeptikern noch. Der Verein Freie Landschaft Schweiz. Präsident Elias Vogt sagt: «Wir kritisieren den Windexpress in seiner nun endgültigen Form scharf.» Das Gesetz erteile faktisch Baubewilligungen für Windturbinen, ohne dass die Einhaltung von Bundesrecht sichergestellt sei. Deshalb prüfe der Verein zurzeit, ob er das Referendum ergreifen werde.

Die 150 durch den Windexpress ermöglichten Turbinen würden grob geschätzt Strom für 260'000 Haushalte liefern. Der Grossteil der Windräder soll im Jura gebaut werden.

Der Hauptgrund, weshalb die SVP auf das Referendum verzichtet, dürfte ein weiteres für die Energiewende viel entscheidenderes Gesetz sein: Noch dieses Jahr will das Parlament den sogenannten Mantelerlass unter Dach und Fach bringen.

In diesem umfassenden Gesetz soll geregelt werden, wie der für den CO<sub>2</sub>-Ausstieg notwendige Strom produziert wird. Es geht unter anderem um eine Solarpflicht auf Hausdächern, den Ausbau der Stauseen und die minimalen Restwassermengen bei Wasserkraftwerken. Viele Punkte sind umstritten.

Auch hier kämpft die SVP auf weiten Strecken gegen eine Mehrheit im Parlament. Es scheint, dass sie beim Windexpress auf das Referendum verzichtet, um Energie für den Kampf gegen dieses Gesetz zu sparen. Fraktionschef Aeschi: «Beim Mantelerlass läuft vieles in die falsche Richtung. Die Chancen sind hoch, dass wir dagegen das Referendum ergreifen.»

Mischa Aebi, Adrian Schmid

# SP warnt vor «Desaster», Mitte-rechts wartet erstmal ab

**Künstliche Intelligenz** Die Schweiz soll das neue KI-Gesetz der EU übernehmen, fordern die Sozialdemokraten. Bürgerliche befürchten, dass es die Innovationskraft abwürgt.

Adrian Schmid

Die künstliche Intelligenz (KI) erobert auch das Bundeshaus: Bereits lassen sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier Reden oder Vorstösse vom Programm Chat-GPT schreiben. Doch was wäre, wenn KI plötzlich unvorteilhafte Bilder von ihnen generieren und verbreiten würde? Die Technologie birgt Risiken und Gefahren. Deshalb werden jetzt Regulierungen gefordert.

SP-Nationalrätin Min Li Marti verlangt mit einem Vorstoss, dass hierzulande das Regelwerk der EU übernommen wird. «Die Schweiz darf keine Insel in Europa werden», sagt sie. Die Hochschulen und Unternehmen seien bei der Entwicklung von KI an vorderster Front dabei. «Es ist im Interesse der Schweiz, möglichst kompatible Regeln einzuführen.»

Das EU-Parlament hat diese Woche ein KI-Gesetz aufgegleist. Es dürfte weltweit das erste seiner Art werden. Dabei will die EU KI-Systeme in verschiedene Gruppen einteilen. Je mehr Gefahr von einer Anwendung ausgeht, desto strengere Regeln sollen gelten. Auch Verbote sind angedacht. Die Gesichtserkennung in Echtzeit im öffentlichen Raum sowie KI-Systeme, die Menschen nach ihrem sozialen Verhalten oder ethnischen Merkmalen klassifizieren, sollen nicht erlaubt werden.

### «Selbst Fachleuten sind die Risiken nicht mehr geheuer»

Die SP geht noch weiter. Sie schlägt in einem neuen Grundsatzzpapier 20 Regulierungsmassnahmen vor wie ein Rahmengesetz, Regeln zum Schutz der Menschen vor Diskriminierung oder Aufsichts- und Kontrollbehörden. Die Partei will damit nichts weniger als ein «demokratisches Desaster» verhindern, wie es im Papier heisst. Die Technologie dürfe nicht einigen wenigen Firmen überlassen werden.

«Die Entwicklung hat sich extrem beschleunigt», sagt SP-Politikerin Marti. «Selbst den Fachleuten sind die Risiken nicht mehr geheuer.» Das sei ein klares Zeichen, um jetzt zu handeln.



Droht ein Angriff von bösen KI-Robotern? Der Ruf nach Regulierung wird lauter. Foto: KI-generiert mit Dall-E

Zu den Warnern gehört auch Sam Altman, Chef der Firma OpenAI, die Chat-GPT entwickelt hat. Der Amerikaner sorgt sich, dass KI künftig Wahlen manipulieren, ja sogar die Menschheit auslöschen könnte. Kürzlich forderte er eine globale Behörde, um die Sicherheit der Systeme zu überwachen – nach Vorbild der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA.

Diese Idee wird nun auch in der Schweiz aufgenommen. FDP-Nationalrätin Maja Riniker will in einem Vorstoss vom Bundesrat wissen, ob auch er finde, dass eine neue Organisation zur Regulierung und Verifikation nach Vorbild der IAEA nötig sei. Bisher verhielt sich der Bundesrat eher defensiv. Es gibt zwar KI-Leitlinien für die Verwaltung und ein Kompetenznetzwerk, das im Bundesamt für Statistik ange-

siedelt und mit einer Vollzeitstelle dotiert ist. Die Schweiz arbeitet auch an einem KI-Regelwerk des Europarats mit.

### Der Bundesrat will jetzt kein KI-Gesetz

Anfang 2022 war der Bundesrat aber noch der Meinung, dass hierzulande kein neues Gesetz nötig sei. Kürzlich sagte Kommunikationsminister Albert Rösti im Parlament, der Bundesrat werde «die möglichen Optionen und den allfälligen regulatorischen Handlungsbedarf im Bereich KI» bis Ende 2024 aufzeigen.


Auch die Bürgerlichen haben es nicht eilig. Sie sehen zwar ein, dass die Technologie nicht nur Vorteile hat und es Regulierungen brauchen wird. «Der Fokus sollte jetzt aber nicht auf neuen Gesetzen liegen, sonst wird nur die

Innovationskraft abgewürgt», so SVP-Nationalrat Franz Gräter.

Ähnlich sieht es Mitte-Nationalrat Thomas Rechsteiner. «Es braucht rechtliche Rahmenbedingungen, um die Menschen und deren Privatsphäre zu schützen», sagt er. Die Nutzung von KI dürfe niemanden diskriminieren. Gleichzeitig dürfe aber die Wirtschaft nicht zu stark eingeschränkt werden.

FDP-Nationalrat Andri Silber Schmid schlägt vor, dass sich in einem ersten Schritt die Branchenverbände selbst regulieren. «Die Politik kann dann immer noch einschreiten, wenn es weitergehende Regeln braucht», sagt er. Jetzt schon Gesetze zu erlassen, sei zu früh. «Wenn ich die Digitalkompetenz im Parlament anschau, ist die Gefahr eines Schnellschusses gross.»

ANZEIGE



7

Individuellste  
Gleitsichtbrillen  
sind unsere Stärke

Sven B.  
Kochoptik Zürich Jelmolli

93%

UNSERER  
KUND:INNEN  
EMPFEHLEN  
UNS WEITER

Gleitsichtbrillen von Kochoptik sind massgeschneiderte Unikate. Geniessen Sie ein neues Sehgefühl und überzeugen Sie sich selbst von unseren Premium-Gleitsichtbrillen.

Jetzt Termin vereinbaren unter [kochoptik.ch](https://www.kochoptik.ch).

KOCH<sup>®</sup>  
OPTIK